

Einige Punkte, die für mich in der Debatte um Migration grundlegend sind.

Prinzipielles

Die Migrationsdebatte ist immer geführt worden – mit unterschiedlichen „Schwerpunktsetzungen“. Hier einige Stichworte: Nicht im Hinblick auf die DDR-Flüchtlinge, sondern (eher) abwehrend und belegt mit Begrifflichkeiten wie Gastarbeiter, Wirtschaftsflüchtlinge, Kein Einwanderungsland, Kriminelle, Terroristen, Abschiebung, illegale Migration...). Die Frage sollte dann sein: Inwieweit wird unsere Debatte von der aktuellen bestimmt?

Migration hat es immer gegeben. Menschen flüch(te)ten, Menschen such(t)en woanders ihr Fortkommen („ihr Glück“) (auch aus Deutschland gibt es Auswanderung, der Wanderungssaldo war oftmals negativ, zuletzt 2008 + 2009). Bei der Einwanderung in ein anderes Land läuft oftmals gleiches ab (Stichworte: z. T. Sprache, Einfinden in andere Regelsysteme, Beginn in „unteren Arbeiten“, Armut, Suche nach der eigenen „Community“, Ausgrenzung in aufnehmenden Gesellschaften). Flucht und Arbeitsmigration haben gleiches und unterschiedliches (wie z. B. die Größe der Not).

Die internationalen Flüchtlingsströme sollten im Blick bleiben. Damit meine ich: Die Flüchtlinge gehen zumeist in die Nachbarländer bzw. halten sich weiterhin im Land auf (Binnenflüchtlinge). Dazu gehört auch zu benennen, dass Gefahr die Flüchtlinge begleitet: im eigenen Land/Umfeld, auf der Flucht und im Zielland. Oft gibt es gar keine Möglichkeit der Flucht.

Objektive Bedingungen (wie Krieg, Verfolgung, Klima, wirtschaftliche/politische Entwicklungen) treffen mit subjektiven Entscheidungen zusammen (abhängig auch vom Alter, Gesundheitszustand, finanziellen Ressourcen und natürlich: wie „dicht“ sind die Grenzen.... um nur einige zu beachtende Beweggründe aufzuzeigen). Hier sollte unser Augenmerk nicht auf die Auswirkungen der „verlassenden Gesellschaft/Ökonomien“ liegen (z. B. Teil A 1 bei Helmuth) noch sollten wir einen Rat geben, wer fliehen müsse (faktisch 6. bei Helmuth).

Weiteres

Die Regelungen und politischen Vorgaben zu Migration und Flucht sind die Rahmenbedingungen, die staatlicherseits vorgegeben werden. Dies bezieht sich auf deutsches Recht (Beispiele: Grundgesetz, Asylgesetz), mehr und mehr aber auf europäisches (Beispiele: GEAS, Charta der Grundrechte der Europäischen Union)) sowie auch auf internationales (Genfer Flüchtlingskonvention, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte).

Wenn also von „linker Autonomie“ in Helmuths Papier die Rede ist, dann sollte die Messlatte der vorhandenen, staatlicherseits vorgegebenen gesetzlichen etc. Bedingungen nicht einfach hingenommen werden bzw. müssen diese jedes Mal hinterfragt werden. - Das ist deswegen wichtig, weil sonst der Satz: „Asylbewerber im engeren Sinne des Wortes sind ein kleiner Teil der Flüchtlinge (unter einem Prozent).“ nie geschrieben werden kann (außer in BSW-Programmen – aber auch bei Helmuth bei 5. Faktisch). Denn hier geht es um das Asylrecht nach GG, das erstens geschaffen wurde, um Flüchtlingen aus der DDR den Weg in die BRD zu ermöglichen und zweitens (als die DDR dann weg war) sehr stark eingeschränkt wurde. Heute gehen die Anerkennungen zumeist nach europäischem Recht – denn ein Ziel von GEAS ist auch, einen einheitlichen Asylstatus für die gesamte Union festzulegen. Und da kommt die Genfer Flüchtlingskonvention ins Spiel. Eine der Fragen also: wie ist denn aus „linker Sicht“ Asyl zu definieren? Oder das recht auf Asyl?

Selbstverständlich sollten die Vorschriften/Gesetze/rechtlichen Bedingungen analysiert und bewertet werden. Aktuell: Die Ampelregierung hat einige Erleichterungen/Beschleunigungen des Einbürgerungsrechts auf den Weg gebracht (um z. B. aus den Dauerschleifen der Duldungen herauszukommen) (das soll jetzt z. T. wieder rückgängig gemacht werden), hat sich aber nicht gegen

die Verschärfung von GEAS gewendet. Die Definition der „sicheren Staaten“ ist grundlegend, demnächst soll Tunesien als sicher eingestuft werden. Ghana und Georgien sind es bereits. – Die bestehenden Gesetze etc. sowie die geplanten/umgesetzten Neuerungen gilt es zu bewerten.

Wir haben in unserem Vortrag im März versucht, einige Fakten/Zahlen zusammenzutragen. Das sollte das IST schlaglichtartig beschreiben (auch und gerade hinsichtlich Anzahl und Zusammensetzung) und einen Einblick in die rechtliche Positionen/Vorgaben geben. Alles unter dem Motto „Deutschland ist ein Einwanderungsland“. ((Damit will ich nicht allgemein die Doppelmoral beklagen.))

Heute wird oft gesagt, dass die „westlichen Werte“ von Trump zertrampelt werden. Abgesehen davon, dass ich nie richtig wusste, welche das seien – wie ist es denn mit der Abschottung Europas und dem gnadenlosen Grenzregime? Wie ist „Dublin“ zu bekämpfen (wenn Geflüchtete nur hin- und hergeschoben werden; ein Viertel der Abschiebungen in der BRD basieren auf „Dublin“). Wie ist es mit dem Zusammenhang der Not der Menschen und vergangenem sowie aktuellem Politik- und Wirtschaftsgebaren?

Forderungen

In Teil B versucht Helmuth einige Forderungen/Vorgehensweisen vorzustellen.

Nun: einiges geschieht hier bereits, sehen wir uns nur die (geänderte) Position in den Gewerkschaften an. Einige Formulierungen scheinen mir überhöht (z. B. Begründung für Plattform 3 – da würde mir ein Eingehen auf Rassismus schon genügen...) (und eine Formulierung bei 3: „einige mehr und andere weniger...“ wer ist denn hier der Schulmeister?) (so z. B. die Formulierung bei 1. + 2.: Unser Angebot“ wessen? Die des Lifos Oldenburg?). Zu Plattform 4: Muss die Unterstützung/des Hervorhebens des Internationalismus an Widerstandsbewegungen geknüpft werden? Was ist denn da die Messlatte? Ich halte es für wichtig, Organisationen vor Ort zu unterstützen, die Selbstermächtigung ermöglichen. Mir fällt da medico ein oder der Verein zur Unterstützung der Gesundheitspflege. Ansonsten als Zielvorstellung vielleicht so: : Das Recht zu gehen. Das Recht zu bleiben.

Außerdem sollte auf jeden Fall auf die Mitspracherechte/Einbeziehung der Geflüchteten und Zugewanderten eingegangen werden. (z. B.: Einbeziehung von Geflüchteten in Beratungsprozesse (Refugee Advisory Board) oder das Wahlrecht, wenn dann bestehende Institutionen als unterstützenswert angesehen werden).

Es wird hier vieles zur Aufnahme von Geflüchteten/Zugewanderten gesagt, aber nichts über Einwanderung allgemein oder über die Flucht (z. B. dass für gesicherte Fluchtwege gesorgt werden muss, das fehlt). Das einzig konkrete dazu findet sich bei Probleme 8.), wie denn Abschiebungen zu regeln seien – die Definitionsgewalt liegt hier beim Staat/bei der EU-Kommission etc..